

Volkszeitung

Nr. 35. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint morgens. An den Sonntagen wird die reichhaltige Illustration beiliegend „Woll und Zeit“ beigegeben. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Pl. 4.20, vierteljährlich Pl. 1.05; Ausland: monatlich Pl. 5.—, jährlich Pl. 60.—. Einzelnummer 20 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer 109. Tel. 38-90. Postkassenkonto 63.508. Geschäftsstunden von 9 Uhr früh bis 7 Uhr abends. Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2 bis 3. Privattelefon des Schriftleiters 23-45.

Anzeigenpreise: Die Nebenspalte Millimeterzeile 10 Groschen, im Text die dreizehnpaltige Millimeterzeile 40 Groschen. Stellengänge 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 50 Groschen; falls diesbezügliche Anzeigen aufgeben — gratis. Für das Ausland — 100 Prozent Zuschlag.

Verleger in den Nachbarstädten zur Entgegennahme von Abonnements und Anzeigen: Alexandrow: W. Absner, Parzejewstra 16; Bialystok: B. Sawalbe, Stoleczna 43; Konstantynow: S. W. Modrow, Plac Wolności Nr. 38; Opatow: Amalie Nitzel, Neustra 505; Radom: Julius Walta, Siemkiewicza 8; Tomaszow: Richard Wagner, Bahnstraße 68; Zdanow: Wola: Anton Winkler, Poprzecznastr. Nr. 9; Zyrardow: Edward Strang, Rynek Kilmiejski 13; Zyrardow: Otto Schmidt, Sielaga 20.

Das letzte Budget der gegenwärtigen Stadtratmehrheit.

Die Rede des Stadtverordneten Ludwig Rut (D. S. U. P.) in der Generaldebatte zum Budget der Stadt für 1927/28.

Meine Herren!

Wenn wir bereits vor vier Jahren von dieser Tribüne aus die Erklärung abgegeben haben, daß wir keine Verantwortung für den Magistrat und die Unternehmungen der Stadtratmehrheit auf uns nehmen können und in abwartender Opposition bleiben wollen, so war unsere damalige Stellungnahme nicht davon abhängig, daß wir den sozial n Wert derjenigen abschätzten, die heute in dieser Mehrheit sitzen. Diese Personen waren damals vorwiegend ganz neue, uns von der öffentlichen Arbeit her noch gänzlich unbekannte Leute. Unser Standpunkt entsprang dem Umstande, daß die heutige Mehrheit, die für die gegenwärtige Wirtschaft verantwortlich ist, sich aus Parteien zusammensetzte, die wir auf anderem Gebiete kennen zu lernen die Möglichkeit hatten. Wir wußten, daß die Parteien, aus denen sich diese Mehrheit zusammensetzt, der arbeitenden Bevölkerung nicht das geben können bezw. wollen, was diese Bevölkerung von ihnen erwartet. Daß wir eine abwartende Stellung einnahmen, geschah nur deswegen, weil sich in der gegenwärtigen regierenden Mehrheit eine Partei befindet, die den Namen „Arbeiterpartei“ trägt. Wir glaubten, daß diese Vertreter der Arbeiter mit unserer gemeinsamen Hilfe wenigstens teilweise die Rechte der Arbeiterschaft werden verteidigen können,

liche Bewegung eine positive Stellung zu den von uns aufgerollten Arbeiterfragen eingenommen hat. Wenn sie jemals unsere Anträge nicht verwarf, so übernahm die N. P. R. diese Anträge als ihre eigenen, änderte sie, verunglimpfte sie und schickte sie in die Kommissionen, wo sie grau wurden, verloren gingen, oder bestenfalls wieder austauchten, als sie ihre Aktualität schon längst verloren hatten. Es geht wahrscheinlich darum, daß ein solcher Antrag einen durchweg heimatischen Charakter annehmen sollte. Von diesem Charakter vergißt man aber, wenn diese durchweg heimatische Arbeiterbewegung eigene persönliche Interessen, Interessen der eigenen Partei, oder des eigenen Verbandes durchzudrücken sucht. Der durchweg heimatische Charakter fliegt dann in eine dunkle Ecke und an seine Stelle tritt schmuckiger Handel, der keinerlei nationale oder internationale Grundsätze kennt. Schmerzliche verzerrte sich das Angesicht des neuen Magistratschöpfen Kazmierczak, der heute vergeblich an der Tür des Stadtpräsidenten anklopfte, um ein Arbeitsgebiet zugewiesen zu erhalten, als ich ihm davon erzählte, wie herzlich, wie demonstrativ, wie dankbar für die von der N. P. R. erhaltenen Dienste die Herren Stadtverordneten Berman, Rosenblatt und andere für seine Wahl zum Schöpfen ihre Hände erhoben. Dieser, bis jetzt den Machinationen der Mehrheit des Stadtrats fernstehende Arbeiterverbandesekretär, hat es dabei verstanden, daß diese durchweg heimatische Arbeiterlinie bei dieser Abstimmung unbarmherzig herumgebogen wurde und daß... diese durchweg heimatische Arbeiterbewegung eben sehr oft nicht ganz stubenrein ist.

heit behandelt wird, hatten wir genügend. Wir wissen, daß ohne Einverständnis des Stadtpräsidenten Beamte nach der Wojewodschaft gerufen wurden, um dort Rede und Antwort zu stehen, und dies nicht für eigene Taten oder Verfehlungen, sondern für die Verfehlungen der Magistratsherren.

Daß dem so ist, haben wir vor allen Dingen der planlosen Wirtschaft des Magistrats zuzuschreiben. Wie kann es übrigens anders sein, wenn die Verbände, auf die sich die Mehrheit des Magistrats stützt, ohne Wissen des Magistrats, ja, später gegen seinen Willen eine Brigade von Arbeitern bei Straßenspülungen anstellte. So verfuhr die Chadeken. Als die N. P. R.-Leute diese Hilflosigkeit des Magistrats sahen, taten sie das gleiche. Und der Magistrat, aus Furcht bei den eigenen Arbeitern die persönlichen Einflüsse zu verlieren, honorierte die Faustwirtschaft der Verbände, Er kroch vor der eigenen Demagogie zu Kreuze. Und versuchte, allerdings erst später, diesen Arbeitern klar zu machen, daß sie ungeschön behandelt haben, Natürlich waren diese Worte Rufe in der Wüste, denn die Demagogie, die man selbst gesät hat, mußte man auch selbst ernten.

Hat die gegenwärtige Mehrheit wenigstens ein einzigesmal versucht, sich diesem Verlust des selbständigen Handelns zu widersetzen? Niemals hat man diese Frage auf die Tagesordnung gestellt. Reiflos hat man alle Rundschreiben, Reskripte und Verordnungen aufgenommen. Und dies deswegen, weil es der nationalen Rechten in den Kram paßt, die Selbstverwaltung als solche zu verzerren.

oder daß sie, da sie sowohl im Magistrat wie im Stadtrat eine ganze Reihe einflußreicher Positionen besetzen, sich zumindestens den Anschlägen der Reaktion werden erfolgreich widersetzen können. Der Reaktion, die in der Stadtratmehrheit ohne Unterschied auf Nationalität und Bekenntnis organisiert ist, die diese Unterschiede nur dann hervorstreift, wenn es sich bei den Wahlen um den Stimmensfang in den Reihen der unaufgeklärten polnischen Arbeiterschaft handelt. Denn hier sehen wir praktisch, daß diese Unterschiede nicht bestehen. Hier gibt die Reaktion ihre Grundsätze für zweifelhafte Einflüsse oder für persönliche unbedeutende Ehrungen preis. Hier kennt die regierende Mehrheit nur den sozialen Unterschied. Den Unterschied zwischen Besitzenden und Besitzlosen. Einmütig arbeiten hier die Vertreter verschiedener Internationalen der Reaktion zusammen: die goldene, kapitalistische, die unter dem Namen der Endecja und des Bürgertums wirkende, mit der schwarzen, klerikalen, unter dem Zeichen der Endecja und der weißblauen unter dem Zeichen der Zionisten. Fast immer treten diese drei Gruppen gemeinsam auf, wenn es sich darum handelt, die Forderungen oder Anträge der Arbeiterschaft abzuweisen. Wenn aber der Endek Pults gegen die orthodoxen Viehschlächter oder gegen lockere Viehschlächterei auftritt, oder der Endek Nowacki die Regelung des Straßenhandels fordert, so ist das Schicksal ihrer Anträge ein sonderbares: die Anträge verschwinden für Monate und Jahre irgendwo in den Akten des Stadtratsvorsitzenden. Nach außen hin, für die graue Masse, brüllt man „schlagt den Juden“, hier aber, wo das gemeinsame Klasseninteresse zu wahren ist, heißt es: „wir lieben uns“. Und wenn man schon zur Abwechslung auch im Stadtrat einen Juden verprügelt, so muß Stadtverordneter Holenderski, ein Sozialist, oder der sozialistische „Bund“, diese Vertreter der jüdischen Arbeiter, den Rücken herhalten.

Sie, meine Herren, werden es nun verstehen, daß wir richtig handelten, wenn wir uns vor vier Jahren gegenüber der Mehrheit freie Hand behielten. Daß wir die Regierungsparteien richtig werteten. Heute können wir dreist sagen, daß auch die in unserer Selbstverwaltung in der Mehrheit sitzenden Personen ihren Parteiprogrammen die Treue bewahrt haben. Und deswegen können wir mit reinem Gewissen zu der Regierungsmehrheit in Opposition, ja, in schärfster Opposition stehen. Wenn wir dies im ganzen Anfange nicht tun, so nur aus Rücksicht auf den Selbstverwaltungsgedanken als solcher, der von der gegenwärtigen Mehrheit sehr stark verunglimpft wurde.

Das hat uns seinerzeit der Stadtverordnete Barczak deutlich gesagt. Und die Fraktion der N. P. R., die sich seinerzeit beleidigt fühlte, als sie von Stv. Lichtenstein als der Rappen bezeichnet wurde, den die Endecja als Reiter reitet, hat nichts unternommen, um den demokratischen Gedanken zu verteidigen, der wichtiger ist, als vorübergehende Mandate, Pöstchen oder zweifelhafte Einflüsse. Deshalb machen wir der N. P. R. den Vorwurf. Für ihre Fehler muß schon jetzt und wird auch später die Demokratie und dadurch die Arbeiterschaft leiden.

Den schwersten Vorwurf machen wir selbstverständlich für diese Verunglimpfung der N. P. R. The Eintritt in die reaktionäre Mehrheit bedeutet, wenn wir uns praktisch die Sache anschauen, einen Verzicht auf diejenigen demokratischen Grundsätze, die die Selbstverwaltung stützen.

Aber auch auf anderem Gebiete sind die Sünden der gegenwärtigen Mehrheit groß. Nehmen wir die Arbeitslosigkeit.

Zur Erreichung aller dieser Ziele der drei Gegner der Internationale der Arbeiter verhilft der Reaktion stets, aufgefördert oder unaufgefördert, die durchweg heimatische, jeder fremden Einflüsse reine Arbeiterbewegung, die mit diesen Worten von ihrem Präses, Dr. Fichna, bezeichnete Nationale Arbeiterpartei. Sehr selten ist es passiert, daß wir unseren Wählern sagen konnten, daß diese durchweg heimat-

Die altersschwachen, widerstandsunfähigen Stadtverordnetenversammlungen und Magistratsräte der zwei größten Städte Polens — Lodz und Warschau — haben es der gegenwärtigen und den früheren Regierungen ermöglicht, eine Beschränkung der Selbstverwaltungsrechte durchzuführen, wie sie früher unmöglich war. Es geschieht heute, daß fast jeder Beschluß der Selbstverwaltung eine Bestätigung der Aufsichtsbehörden bedarf. Es ist geschehen, daß die eigentliche Selbstverwaltungsbehörde die Wojewodschaft oder das Ministerium ist. Wir, der Stadtrat oder Magistrat, wurden herabgedrückt zur Rolle derjenigen, die den Willen der Aufsichtsbehörden auszuführen haben. Man sendet uns fertige Rahmen, in denen allein wir uns zu bewegen das Recht haben. Es ist die Schwäche jeder regierenden Person, möglichst die ganze Macht für sich selbst zu beanspruchen. Aber dieser Schwäche muß man sich entgegenstellen. Wenn wir uns widersetzen werden, so wird es selbst dem Minister unmöglich sein, unsere Rechte zu schmälern. Beweise, wie die jetzige Mehr-

Planlos blieb die Mehrheit dieser Frage gegenüber. Warschau hat es verstanden, den Kampf mit der Arbeitslosigkeit durchzuführen. Dort wurden die Millionen für diesen Zweck gefunden, sowohl durch den Magistrat wie durch die Regierung. Bei uns erklärt der Magistrat ein- um das andere mal, daß das, was getan wurde, alles sei, was erreicht werden konnte. 150, 200 tausend Zloty Regierungsanleihen zur Führung von öffentlichen Arbeiten und schließlich der planlose Kanalisationsbau,

durch den sämtliches Straßenpflaster unbarmherzig unzählige Male aufgerissen wird, ist die ganze Arbeit des Magistrats für die Arbeitslosen. Die übrigen 40 000 Arbeitslosen müssen im Elend verbleiben. Die Wichtigkeit des Problems wird unbeachtet gelassen. Die Mehrheit muß es sich doch endlich vergegenwärtigen, daß der größte Teil dieser Elenden in der Textilindustrie keine Arbeit mehr erhalten kann, daß man die Sünden der Industriellen wieder gutmachen muß, die in der Inflationszeit Arbeiter vom Lande heranzogen, um in zwei, ja drei Schichten täglich arbeiten zu können und alle Arbeiter auf die Straße warfen, als die Konjunktur aufhörte, als die Marktwirtschaft nicht mehr diskontiert werden konnten.

Heute hat niemand anderer als nur die städtische Selbstverwaltung die Pflicht, sich des Schicksals dieser **40 000 Elenden**

anzunehmen. Für sie muß in einer Stadt, in der noch so viel zu machen ist und die so sehr den Städten des Westens nachsteht, Arbeit gefunden werden. Oder — die überflüssigen Hände müssen Beschäftigung in anderen Teilen des Landes finden, denn es ist doch undenkbar, eine Stadt mit einem solch großen Ueberfluß an Arbeitskräften zu belasten, wodurch der Menschenmarkt vergrößert und die Löhne derjenigen herabgedrückt werden, die noch eine Beschäftigung haben. Zumal wir es mit einer Industrie zu tun haben, die die elementarsten Grundsätze der Volkswirtschaft nicht kennt — daß

nur durch Erhöhung der Löhne die Konsumtion gehoben werden kann

und damit das gesamte Industrie- und Handelsleben. Hier ist die Ingerenz der städtischen Selbstverwaltung nötig. Hier müssen Statistiken, Ziffern zur Lösung des Problems dienen. Gemeinsam muß man sich mit den Regierungsbehörden und den Industriellen an den Tisch setzen. Es müssen Kredite für die uns so notwendigen Investitionsarbeiten gefunden werden.

Die Bautätigkeit

In der Stadt Lodz ist minimal, die Wohnungsnot ist für den Magistrat ein Buch mit sieben Siegeln. Kaum 100 000 Zloty sind im Budget für den Wohnungsbau vorgesehen. Ich verstehe es, daß einige Millionen aus dem Budget für diesen Zweck nicht genommen werden können. Aber Kredite außerhalb des Budgets müssen gefunden werden. Die Regierung, die kapitalistischen Kreise, müssen anhand unserer Statistiken, anhand unserer Ziffern, unserer Lage mit Krediten heranziehen. 13 Personen wohnen in einer Arbeiterwohnung auf dem Dachboden oder im Keller, in einer Stadt, die alle Bedingungen für eine Entwicklung und unzählige Reichtümer besitzt. Hier muß die Arbeit des Stadtrats, vor allen Dingen aber unserer 11 Magistratsmitglieder angelegt werden, die berufen sind, die städtischen Fragen zu verteidigen.

Die Bevölkerung hat nicht deswegen den Stadtrat und den Magistrat gewählt, um den Magistratsmitgliedern für eine gewisse Zeit die Existenz sicherzustellen. Nicht deswegen, um diesen Magistratsmitgliedern für Arbeiten zu zahlen, die sie außerhalb des Magistrats leisten. Die Bevölkerung, die Stadtkasse, zählt den 11 Gewählten für Arbeiten, die den Schutz der städtischen Interessen zum Ziele haben. Und für diese Interessen ist es gleichgültig, ob in der Schule A der Stadtpräsident oder ein Schöffe den Unterricht erteilt oder der Verband der Chadeken oder der N. P. N. sich

entwickelt. Die Sorge um diese Fragen kann die Magistratsmitglieder nach der Magistratsarbeit erfüllen, für die sie bezahlt werden. Der Magistrat muß die Hand auf dem Puls des städtischen Lebens halten. Er muß überall reagieren, wo städtische Interessen dies erfordern. Ich sehe dieses Pflichtbewußtsein nicht. Dagegen sehe ich heiße Kämpfe um die Durchführung dieser oder jener Frage, wie z. B. der

Abtretung des Elektrizitätswerkes an die Kapitalisten

in einer Weise, die diesen Kapitalisten die Ausbeutung der Stromabnehmer erlaubt. Auch sehe ich sehr oft Parteikämpfe inmitten der Mehrheit um nichtsagende Fragen, die nichts gemein haben mit den städtischen Interessen, seine Personen- oder Parteifragen.

Angeichts dieser Umstände wird Lodz an den nationalen Magistrat und an den nationalen Stadtrat zurückdenken. Man wird sich an die Jahre erinnern, die für die Entwicklung der Stadt verloren gingen, die gleichgültigen Fragen gewidmet waren bei Regierung der allerwichtigsten Fragen der Stadt.

So schaut die Fraktion der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei, die in diesem Stadtrat für die Arbeiterpartei und die nationale Freiheit des deutschen werktätigen Volkes kämpft, welche Freiheit von diesem Stadtrat oftmals mit Füßen getreten wurde, auf die Arbeit der gegenwärtigen Mehrheit. Wir sehen keine günstige Arbeit. Dagegen sehen wir viel Parteipolitik, sehen Bednarczyk, sehen Turfisz und Bartczak, die als Stadtverordnete von ihren privaten Unternehmungen im Magistrat nicht vergessen, wir sehen das unnatürliche Bündnis des polnischen nationalen Arbeiters mit der kapitalistischen Internationale. Diese Zusammenarbeit kann nicht in der Linie der Interessen der 95 Prozent der städtischen Werktätigen gehen, sondern muß im Gegenteil für die Werktätigen schädlich sein.

Es ist gut, daß, wenn man zum Budget für das Jahr 1927/28 spricht, alle Redner genau davon überzeugt sind, daß sie zum letzten Male die Gelegenheit haben, in diesem Stadtrat zum Budget zu sprechen, daß der Stadtrat und Magistrat in diesem Jahre aufgelöst werden muß. Deswegen berühre ich in der Generaldebatte die tausend verschiedenen kleinen Fragen nicht, in der Ueberzeugung, daß der neue Stadtrat mehr Verständnis für allgemeine Fragen haben und seiner Zusammensetzung nach mehr dem Willen seiner Wähler entsprechen wird.

Die Rede des Stv. Ruf wurde oftmals durch Zwischenrufe unterbrochen, auf die der Redner die Antwort nicht schuldig blieb.

Der Verlauf der Sejm-Sitzung.

Nachdem die Frage der Auslieferung der Abgeordneten auf einen weiteren Punkt der Tagesordnung gestellt wurde, ergriff vor Beginn der Tagesordnung der Abg. Bonn (Unabhängige Bauernpartei) das Wort, der unter Berufung auf den Art. 51 des Reglements die Rechtmäßigkeit der Beschlüsse der Kommission für Unantastbarkeit der Abgeordneten anzweifelte, da die Sitzung geheim geführt wurde. Sejmarschall Katak wies jedoch auf den Art. 31 des Reglements hin, der besagt, daß in Geheimitzungen nur Gesetze nicht beschlossen werden dürfen, während bei allen anderen Fragen dies zulässig ist.

Darauf verlangte der Kommunist Sochacki die Abstimmung über seinen Mißtrauensantrag gegen die Regierung, der in der Abstimmung jedoch durchfiel.

Der Abg. Rusinek (Piast) referierte sodann das Budget des Innenministeriums.

Zum Budget des Innenministeriums sprach als erster der Abg. Kozłowski (Nationaler Volksverband), der der Regierung u. a. vorwarf, daß sie den Minderheiten gegenüber zu nachgiebig sei (!).

Es sprach sodann noch Abg. Skow, wonach Marschall Katak die Budgetdebatten unterbrach. Es wurde sodann die Frage der Auslieferung der Abgeordneten behandelt, die wir an anderer Stelle bringen.

Abg. Chominiski aus dem Arbeitsklub ausgetreten.

Abg. Chominiski vom Arbeitsklub hat bei der Abstimmung über Auslieferung der Abgeordneten gegen die Auslieferung gestimmt. Da er dadurch gegen den Beschluß seiner Partei verstieß, erklärte er, daß er aus dem Arbeitsklub austrete und heute eine öffentliche Erklärung abgeben werde, was ihn zu diesem Schritt bewogen habe.

Eine auffeherregende Erklärung der Deutschnationalen.

Es beginnt in der Rechtskoalition zu kriseln.

Unmittelbar nach Schluß der vorgestrigen Reichstagsitzung hat sich auf Antrag des Reichsfinanzministers Dr. Köhler vom Zentrum das Reichskabinet zu einer bedeutsamen Beratung zurückgezogen. Reichsfinanzminister Dr. Köhler forderte, daß die deutschnationalen Reichsminister eine Erklärung abgeben gegen die Zweideutigkeiten, die in der Rede des Abg. Westarp zum Ausdruck kamen. Abg. Westarp erklärte nämlich, daß solange deutsches Gebiet noch von fremden Truppen besetzt sei, von einer Verständigung der Völker keine Rede sein kann.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags entstand eine lebhafteste Polemik zwischen den Vertretern des Zentrums und der Deutschnationalen. In dieser Polemik hat Graf Westarp einen Rückzieher angetreten.

Militärrevolte in Portugal.

Lissabon, 4. Februar. Die inmitten der Garnison von Porto ausgebrochene Revolte gegen die Regierung ist entgegen den Versicherungen der Regierung von weit größerer Bedeutung. Die ganze Garnison hat sich auf die Seite der Revolutionäre gestellt. Der Kriegsminister konzentriert in Lissabon Truppen, um die revoltierende Garnison von Porto zu unterwerfen.

An der Spitze der ausständischen Truppen in Porto steht der General Susa Dias.

Eine Erklärung Baldwins.

Die englischen Truppen treffen nicht vor dem 2. März in China ein.

London, 3. Februar. Chamberlain empfing gestern in Anwesenheit des Premierministers Baldwin eine Delegation der Arbeiterpartei und der Berufsverbände mit Macdonald an der Spitze. Premierminister Baldwin erklärte, England sei bereit die Entsendung von Truppen nach Shanghai aufzuhalten, sobald die chinesische Regierung die Garantie übernimmt, daß bei einer eventuellen Besetzung von Shanghai durch die südhinesischen Truppen die englischen Staatsangehörigen keinerlei Gefahren ausgesetzt sein werden. Die englischen Truppen befinden sich gegenwärtig unterwegs nach China und werden nicht vor dem 2. März in China eintreffen. Die englische Regierung habe Hoffnung, daß bis dahin eine Einigung erzielt sein wird.

Auch Kuba will Garibaldi nicht.

Newyork, 4. Februar. Wie aus Havanna berichtet wird, haben die kubanischen Behörden dem Lokspizel Ricciotti Garibaldi die Einreise verweigert.

Achtung! Jugend in Alexandrow!

Am Sonntag, den 6. Februar l. J., nachmittags um 3 Uhr, findet im Parteiofiale, Wierzbinskistraße Nr. 16,

eine große Jugendversammlung statt.

Sprechen wird Alexander Treichel als Vertreter des Hauptvorstandes des Jugendbundes über das Thema: „Aufgaben und Ziele des Jugendbundes“.

Die Jugend von Alexandrow wird zu diesem Vortrag herzlich eingeladen. Der Vorstand.

Die Abgeordneten ausgeliefert.

Der Auslieferungsbeschluß wird von den slawischen Minderheiten und Kommunisten mit Pultdeckelkonzert aufgenommen.

Die angekündigte Erledigung des Antrages auf Auslieferung der 5 weißrussischen Abgeordneten hatte großes Interesse hervorgerufen. Die Galerie war von Neugierigen voll besetzt, auch die Abgeordneten waren fast vollständig erschienen. Doch wie enttäuscht war man, als Marschall Katak erklärte, daß der erste Punkt der Tagesordnung, der Antrag auf Auslieferung der Abgeordneten, verschoben werden muß, da der Referent dieses Antrages, Abg. Dobrzanski, gestern bis in die späte Nacht hinein gearbeitet habe und daher sein Referat erst um 12 Uhr halten wird. Katak schlug daher vor, zur weiteren Erledigung des Budgets zu schreiten.

Um 12 Uhr wurde zur Erledigung des Antrages geschritten. Abg. Dobrzanski referierte den Antrag. In seinem Referat wies Abg. Dobrzanski darauf hin, daß nicht nur die „Promada“, sondern auch die Unabh. Bauernpartei von geheimen kommunistischen Gruppen geleitet wird. Die Ausführungen des Referenten wurden von den Abgeordneten der Linksparteien wiederholt durch stürmische Zwischenrufe unterbrochen.

An der Diskussion beteiligten sich die Abgeordneten Rogula (Weißrussischer Klub), Schreiber (Jüdischer Klub), Ballin (Unabh. Bauernpartei), Liebermann (P. P. S.) und Sochacki (Kommunist), die sich alle gegen die Auslieferung aussprachen. Von den Parteien, die für die Auslieferung waren, traten die Abgeordneten Stronki (Monarchist) und Marweg (Nat. Volksverband) hervor. Dieser bekannte Hasser der Minderheiten ließ es sich nicht nehmen, in ziegelloser Weise gegen das staatsverräterische Treiben der Minderheitenabgeordneten zu wettern.

Großen Eindruck machten die Reden der Abgeordneten Schreiber und Liebermann. Beide wiesen in sachlichen Ausführungen nach, daß die Anklage gegen die verhafteten Abgeordneten sich auf keine Tatsache stützen kann. Sie basiert entweder nur auf Vermutungen oder auf Aussagen von Zeugen, deren Glaubwürdigkeit stark zu bezweifeln ist. So führte Abg. Schreiber an, daß einer der Zeugen ein notorischer Dieb sei, während ein anderer für verschiedene dunkle Vergehen schon mehrfach vorbestraft wäre.

Nach der Diskussion wurde über den von Abg. Schreiber eingebrachten Antrag abgestimmt, in dem verlangt wird, daß die Frage der Auslieferung der Abgeordneten einer speziellen Unterkommission überwiesen wird, die die Vorwürfe gegen die verhafteten Abgeordneten zu untersuchen hätte. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt.

Hierauf wurden vom Marschall die Anträge auf Auslieferung der Abgeordneten einzeln zur Abstimmung gebracht. Während die Stimmen gezählt wurden, ließ der Marschall über eine Resolution des Abg. Sochacki abstimmen, in der festgestellt wird, das die Verhaftung der Abgeordneten gegen den Art. 21 der Verfassung verstößt. Auch diese Resolution wurde abgelehnt.

Nach einer kurzen Unterbrechung wurde das Abstimmungsergebnis über die Auslieferungsanträge bekanntgegeben. Für die Auslieferung des Abg. Taraszkiewicz wurden 159 Stimmen abgegeben, dagegen 89; Abg. Raf. Michailowski 165 (83); Abg. Miolla 166 (83); Abg. Woloszyn 165 (87); Abg. Holowacz 165 (84). Nach der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses entstand auf den Bänken der Kommunisten und slawischen Minderheiten ein fürchterlicher Lärm und Pultdeckelkonzert.

Zum Schluß ergriff der Abg. Bonn (Unabhängige Bauernpartei) das Wort und protestierte gegen die Vorwürfe, als habe seine Partei in Kontakt mit dem Komintern gestanden.

1800
Die G
Gef
phonzent
tung) d
Drähte
schluß gl
daß die
den. I
gegen 1
worden
machen.
Kabel, d
bianice,
tynom, J
der Teler
unterbro
tators f
mindeste
lange als
Telephon
wähnt,
diensthab
anders z
die auch
mann er
zu erste
apparate
nur noch
an diesen
Der Her
aber sein
wie am
und sein
in der Z
nehmen.
tragen k
Abonnen
Sparfam
die unm
die nicht
hätte, n
gewesen
so kopfl
Fall ge
Brande
den Dir
Hägber
hier den
daß die
wegfah
der Bod
denken
Weißki
Posten,
Mann i
halten
der Ab
Führung
sicht un
einen D
die Lod
Dire
Die
gegenüb
Leitunge
Abonnen
bindunge
jedoch n
ihren St
Eine
Die
Bo
arbeitern
arbeitslo
jogen.
Arbeitsl
Berlust
Gratifik
haltung
Polizei
dem Ma
gefihts
die nach
man ihr

Tagesneuigkeiten.

1800 Abonnenten ihrer Telephon- verbindung beraubt.

Die Sparmethoden des Direktors Mejski.

Gestern gegen 1 Uhr nachts ist in der Telephonzentrale ein Komutator (Umschaltungseinrichtung) durch Kurzschluß vernichtet worden. Die Drähte des Komutators waren durch den Kurzschluß glühendheiß geworden, was zur Folge hatte, daß die Isolierungen ein Raub der Flammen wurden. Durch die Vernichtung des Komutators sind gegen 1800 Abonnenten der Möglichkeit beraubt worden, von ihren Telephonapparaten Gebrauch zu machen. Durch diesen Komutator gingen auch die Kabel, die Lodz mit den Nachbarstädten wie Pabianice, Zgierz, Dorkow, Alexandrow, Konstantynow, Luszyn, Rzgow usw. verbinden, so daß der Telephonverkehr mit diesen Städten ebenfalls unterbrochen ist. Die Wiederherstellung des Komutators sowie die Umschaltung der Linien dürfte mindestens 6 Wochen in Anspruch nehmen. So lange also werden 1800 Abonnenten keine regelrechte Telephonverbindungen erhalten. Wie bereits erwähnt, ist der Kurzschluß nachts erfolgt. Die diensthabenden Telephondamen wußten sich nicht anders zu helfen, als die Feuerwehr zu alarmieren, die auch alsbald mit dem Kommandanten Grohmann erschien. Statt nun das Feuer mit Decken zu ersticken, setzte die Feuerwehr die Minimapparate in Tätigkeit, so daß der Schaden dadurch nur noch größer wurde. Wer trägt nun Schuld an diesem Kurzschluß? Die Lodzger Direktion selbst. Der Herr Direktor Mejski, der wohl Direktor ist, aber seine Direktorpflichten nur darin erblickt, um wie am meisten zu sparen, ließ den Mechaniker und seinen Gehilfen, die ständig nachts ihren Dienst in der Zentrale versehen, abberufen, da das Unternehmen die Kosten für diese beiden Kräfte nicht tragen könnte, und dabei wurden erst unlängst die Abonnementspreise um 25 Prozent erhöht. Diese Sparmaßnahme des Herrn Direktors ist somit die unmittelbare Ursache der Katastrophe geworden, die niemals solch ein großes Ausmaß gewonnen hätte, wenn der reduzierte Mechaniker zur Stelle gewesen wäre. Dieser Mechaniker wäre nicht gleich so kopflos geworden, wie dies bei den Damen der Fall gewesen ist. Als die Nachricht von diesem Brande in Warschau eintraf, begaben sich die beiden Direktoren der Hauptzentrale, die Ingenieure Häggberg und Olenki sofort nach Lodz, um sich hier den Schaden zu besehen. Es ist zu erwarten, daß die beiden Warschauer Herren nicht wieder wegfahren, ohne eine durchgreifende Reorganisation der Lodzger Zentrale durchgeführt zu haben. Wir denken hierbei in erster Linie an den Direktor Mejski selbst, der für den verantwortungsvollen Mann ist. Er hat sich nicht nur durch sein Verhalten dem Publikum gegenüber die Sympathien der Abonnenten verschert, sondern auch durch die Führung der Zentrale selbst nicht die nötige Umsicht und Tatkraft bewiesen, die nun einmal für einen Direktor einer so großen Zentrale, wie es die Lodzger ist, unbedingt erforderlich ist.

Direktor Mejski ist voller Hoffnung.

Direktor Mejski erklärte einem unserer Mitarbeiter gegenüber, daß es möglich sein werde, die zerstörten Leitungen provisorisch auszubessern, so daß die meisten Abonnenten bereits Mitte nächster Woche wieder Verbindungen erhalten werden. Ferngespräche können jedoch nur von Fernsprechkablen der Hauptpost und ihren Filialen geführt werden. (u)

Eine Demonstration der arbeitslosen Saisonarbeiter.

Die Gratifikationen für die Magistratsarbeiter eine Fiktion.

Vor einigen Tagen wurden den arbeitslosen Saisonarbeitern auf Grund einer Anordnung des Hauptarbeitslosenfonds in Warschau die Unterstützungen entzogen. Jeglicher Mittel entblößt zogen die verzweifelt arbeitslosen vor den Magistrat und glaubten jetzt, nach Verlust der Unterstützung, die vom Stadtrat bestätigte Gratifikation erhalten zu können. Infolge der drohenden Haltung der arbeitslosen erschien sofort eine stärkere Polizeibeamten zu Fuß und zu Pferde, um die nach dem Magistrat drängende Menge zu vertreiben. Angeführte wählten die arbeitslosen eine Delegation, die nach dem Magistratspräsidium gelassen wurde, wo man ihr erklärte, daß der damit betraute Vizepräsident

Groszkowski abwesend sei. Die Arbeitslosen begaben sich nach den Berufsverbänden und forderten hier eine Intervention. Die Vertreter aller drei Verbände begaben sich hierauf mit der Abordnung nach dem Magistrat und hielten hier mit dem bereits eingetroffenen Vizepräsidenten Groszkowski eine Konferenz ab. Der Vertreter des Klassenverbandes, Kowalski, wies auf die kritische Lage der Saisonarbeiter hin, die plötzlich der Unterstützung beraubt wurden, weshalb er die Verwirklichung des Beschlusses des Stadtrats forderte, wonach den Saisonarbeitern eine Gratifikation in der Höhe eines zweitägigen Verdienstes für jeden gearbeiteten Monat ausbezahlt sei. Herr Kowalski drückte seine Bewunderung darüber aus, daß seit dem Beschlusse des Stadtrates bereits acht Tage verlossen sind und der Magistrat den hungernden Arbeitern nicht zur Hilfe kommen will. Vizepräsident Groszkowski erklärte in seiner Antwort, daß die Schuld hierbei dem Stadtrat zufalle, der den Beschluß erst gestern übersandt habe. Schließlich bedürfe dieser Beschluß auch noch der Bestätigung durch das Innenministerium. Infolge dieser Aufklärung begab sich die Delegation nach dem Wojewodschaftsamt, wo sie eine Intervention in Sachen der Wiedereinführung der Unterstützungen forderten und darauf hinwiesen, daß, falls dies nicht erfolgen werde, man eine Aktion der Arbeiter einleiten müsse. Der Abteilungsleiter Jarkowski erklärte, er werde gern eine Intervention einleiten, doch hänge das vor allem vom Arbeitslosenfonds ab der vor allen Dingen einen entsprechenden Antrag einreichen müsse. Weiter berührte die Abordnung die Gratifikationsangelegenheit der Magistratsbeamten. Herr Jarkowski versprach diese Angelegenheit zu prüfen. Aus der Unterredung war zu ersehen, daß der Beschluß des Stadtrates betreffs dieser Gratifikation überhaupt eine Fiktion sei, da der Magistrat vor allem kein Geld zur Auszahlung besitze und der Innenminister erklärt habe, daß er in eine solche Gratifikation nur dann einwillige, wenn der Magistrat Geld zur Deckung der Gratifikation besitze werde. Da dies nun nicht der Fall ist, kann keine Rede von einer Bestätigung der Gratifikation sein.

Den beschäftigungslosen Kopparbeitern geschieht ein Unrecht. Der Verband der Handels- und Büroangestellten wandte sich an die Verwaltung des Lodzger Arbeitslosenfonds mit einem Schreiben, in dem auf eine Reihe von Ungerechtigkeiten gegenüber den Kopparbeitern hingewiesen wird. Die Unterstützungen seien infolge der ständig wachsenden Teuerung, der Wohnraumverhältnisse usw. gänzlich unzulänglich. Deshalb protestieren auch sämtliche Verbände der Beschäftigten gegen die neuen Instruktionen des Innenministeriums und verlangen verschiedene radikale Änderungen zugunsten der Beschäftigungslosen. So soll die Unterstützung auf alle Beschäftigungslosen ausgedehnt werden. Den aus dem Heer Entlassenen müsse gleichfalls eine Unterstützung gewährt werden. Auch müsse Krankheit oder eine längere als 7tägige Abwesenheit entschuldigt werden. Die Höchstnorm des Verdienstes, die zu Unterstützung berechtigt, müsse von 200 auf 240 Zł monatlich erhöht werden, dazu soll keine Unterstützung kleiner sein als bisher. Weiter verlangen die Verbände, daß man die Beschäftigungslosen von der steten Vorweisung einer Bescheinigung des Wirtes befreie, da die Kopparbeiter mit der Mietsumme im Rückstand seien und die Wirte oft die Bescheinigungen nicht herausgeben wollen. (b)

Der Magistrat muß seine Angestellten im Arbeitslosendienst versichern. Im September vorigen Jahres brachten wir die Nachricht, daß die Kontrolleure des Arbeitslosenfonds die Tatsache feststellten, der Magistrat der Stadt Lodz habe seit April 1925 seine Angestellten im Arbeitslosendienst nicht versichert, wozu er als Brotgeber gesetzlich verpflichtet war. Die Schuld des Magistrats an das Arbeitslosendienst betrug die Summe von 100 000 Złoty. Der Magistrat wollte das Ergebnis der Untersuchung nicht anerkennen, weshalb die Verwaltung des Fonds diese Angelegenheit an die Hauptverwaltung weiter leitete. Diese verständigte nun die Lodzger Verwaltung des Arbeitslosenfonds, daß der Magistrat die Schuld unbedingt zu bezahlen habe. Dieser Beschluß wurde dem Magistrat zur Kenntnis gebracht. (c)

Das Wojewodschaftsamt hat seine Tätigkeit in den neuen Räumen des Pohnanischen Palais in der Drogowastraße aufgenommen. Auf diese Weise sind sämtliche Zentralämter der Wojewodschaft in einem Gebäude untergebracht. Es befinden sich hier die Bezirksdirektion für öffentliche Arbeiten, das Kommando der Staatspolizei der Wojewodschaft usw. In dem bisherigen Lokal der Wojewodschaft ist noch das Wojewodschaftskomitee der Flugzeugliga verblieben, welches Komitee in den nächsten Tagen gleichfalls ein neues Lokal erhalten soll. (c)

Um den Bau eines Krankenhauses in Lodz. Gestern trafen die Vertreter des Ministeriums für öffentliche Arbeiten (Ing. Rafkiewicz) und des Innenministeriums (Ing. Rudolf) in Lodz ein, um den Bauplatz des Verbandes der Krankenkassen der Wojewodschaft Lodz zu besichtigen und an einer Sitzung des Baukomitees des Verbandes teilzunehmen. Die Bestätigung der Baupläne ist nach diesem Besuch wohl schon als Tatsache zu betrachten. In den nächsten Tagen wird das Komitee die weiteren erforderlichen Arbeiten unternehmen.

Unterhaltungsabend. Die Sportsektion bei der D. S. A. P., Lodz-Zentrum, veranstaltet heute abend, um 7 Uhr, im Parteilokale, Petrikauer Straße 109,

einen Unterhaltungsabend, zu dem die werten Mitglieder mit Angehörigen sowie ihre Freunde aus den anderen Ortsgruppen herzlich eingeladen werden. Zum Tanz wird die eigene Streichmusik aufspielen.

Spät aber doch hat sich der Magistrat gemeldet u. zw. wieder mit einer Richtigstellung. Der Chjena-N. P. R.-Magistrat hat sich durch unsere Notiz vom 26. Januar „Der Magistrat muß sich halt immer wieder blamieren“ getroffen gefühlt, in der wir feststellten, daß die Großkampstage gegen die Ratten, oder wie der Magistrat es nannte, der „Krieg gegen die Ratten“, ziemlich erfolglos verlaufen sei, weil man nicht streng genug darauf achtete, daß die Vorschriften über die Auslegung der Köder beachtet wurden und die Prüfungskommissionen nicht so ihres Amtes walteten, wie dies notwendig gewesen wäre. In der vom Stadtpräsidenten Cynarski unterzeichneten Richtigstellung heißt es u. a.: „Es ist nicht wahr, daß die Funktionäre der Sanitätskommissionen, die prüfen sollten, ob die Köder tatsächlich ausgelegt wurden, nicht ihres Amtes gewaltet hätten. Wahr ist vielmehr, daß solche Kontrollen stattgefunden haben. Ein Beweis dafür sei, daß gegen einige hundert Hausbesitzer, die keine Giftköder gekauft haben, Protokolle aufgenommen wurden.“ Was die andre „Richtigstellung“ anbelangt, in der der Magistrat feststellt, daß fast alle Hausbesitzer (nämlich 85 Prozent) die Giftköder gekauft hätten, so ist sie vollständig unangebracht, denn in unserer Notiz ist mit keinem Wort erwähnt, daß verschiedene Hausbesitzer kein Gift gekauft hätten. Der neue Leiter der Presseabteilung des Magistrats hat sich allzu eifrig gezeigt und... danebengehauen. Von uns wurde vielmehr in früheren Notizen darauf hingewiesen, daß auf die Hausbesitzer ein Druck ausgeübt wird, die Giftköder zu kaufen, doch war immer wieder das Gift ausgegangen, wenn es die Hausbesitzer benötigten, so daß viele Hausbesitzer drei- bis viermal den Weg machen mußten, bis sie für teures Geld das Gift erhielten, von dem es noch nicht erwiesen ist, ob es in der Lodzger Zubereitung überhaupt gewirkt hat. Und dann der Hinweis auf die Protokolle, die als Beweise dienen sollen, daß der Magistrat alles getan habe, um die Kampstage gegen die Ratten erfolgreich zu gestalten, ist wenig angebracht, denn er besagt eigentlich gar nichts. Die Protokolle konnten nämlich verfaßt werden, ohne daß die Sanitätskommissionen die Grundstücke kontrolliert haben, da in den Verkaufsstellen die Grundstücke nach den Straßen registriert waren und man daher sofort feststellen konnte, welcher Hausbesitzer kein Gift gekauft hat. Die ganze Richtigstellung des Magistrats stellt also eigentlich nichts richtig und ist nur dazu angetan, den Magistrat neuerdings lächerlich zu machen.

Schwere Urteile im Kommunistenprozeß: 25 Jahre Zuchthaus und Festung. Der vorgestern hinter verschlossenen Türen begonnene Prozeß gegen 15 Kommunisten, der unter Vorsitz des stellv. Gerichtsvorsitzenden Wikowski, unter Assistenten der Bezirksrichter Wilecki und Kurcinski geführt wurde, fand gestern seinen Abschluß. Nach erfolgter Verhandlung zog sich das Gericht zu einer 3stündigen Beratung zurück und verkündete sodann folgendes Urteil: Helene Banastat 4 Jahre Zuchthaus und Verlust sämtlicher Rechte, Jakob Srebnik, Anton Maczewski und Mieczyslaw Galdyja je 2 1/2 Jahre Zuchthaus und Verlust der Rechte, Israel Dawid Sand, Sofia Tybura, Moschel Rischenzweig, Fremeta Goldberg, Chuma Natal, Rachmil Najberg, Beret Mordkowitz, Anton Raczmarek, Teofil Hajelmeier und Wincenty Klupinski je 1 1/2 Jahre Festung, Josef Sendowski 1 Monat Gefängnis abzusitzen in der Strafanstalt für Jugendliche. (a)

1 Jahr Gefängnis für ironisches Anlächeln des Richters. Am 13. Oktober v. J. war der 46 Jahre alte Antoni Ruzniak vel Ruzminski vom Lenczyzer Friedensgericht wegen Diebstahls zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden. Nach Verkündung des Urteils verneigte sich der Verurteilte ironisch vor dem Richter mit den Worten: „Ich danke Ihnen für Ihre Gnade. Sie haben mich in böser Stimmung verurteilt.“ Gestern hatte sich nun Ruzniak wegen dieser Äußerung vor dem Lodzger Bezirksgericht zu verantworten, vor dem er seine Schuld bekannte. Das Gericht verurteilte ihn zu einem Jahr Gefängnis, welche Strafe in Besserungsanstalt umgewandelt wurde. (a)

Der heutige Nachtdienst in den Apotheken: M. Epstein, Petrikauer 225, M. Bartoszewski, Petrikauer 95, M. Rosenblum, Cegielniana 12, Gorkein's Erben, Wschodnia 54, J. Kopywski, Nowomiejska 15.

Wiener Operette. Aus der Theaterkassette wird uns geschrieben: Heute, Sonnabend, finden keine deutschen Vorstellungen statt. Sonntag, nachmittags 3.30 Uhr, wird die mit so großem Beifall aufgenommene Tanz-Revue-Operette „Adieu Mimi!“ mit Jenny Schäd in der Titelrolle zum ersten Male wiederholt. Abends 8.15 Uhr geht ebenfalls „Adieu Mimi!“ zum 3. Male über die Bretter.

Vereine • Veranstaltungen.

Elternabend. Am Sonntag fand im St. Matthäusaal der zweite Elternabend statt, welcher der Frage der christlichen Kindererziehung gewidmet war. Die Feier wurde mit einer biblischen Ansprache des Herrn Pastor Dietrich begonnen. Einen längeren Vortrag hielt die Volksschullehrerin Fr. Klara Gnauk, der interessante statistischen Daten brachte und einen erschütternden Blick in das moralische Elend unserer Großstadtkinder gewährte. Leider geht aus dem Dargelegten hervor, daß zum Bei-

Spiel die Trunkucht eine verhängnisvolle Rolle bei unserer Schuljugend zu spielen anfängt und in vielen Fällen die Gelandheit der Kinder untergräbt.

„Lodz am Strande“, so heißt der Maskenball, den die Meer- und Fingliga am Sonntag, den 6. Februar, im Saale der Philharmonie veranstaltet.

Das Kinderfest, das heute abend von 6 Uhr ab im Saale des Lodzer Sports- und Turnvereins, Jafontnastraße 82, zugunsten der Glumnastraße 30 belegenden deutschen Volksschule Nr. 90 veranstaltet wird, verspricht nach dem vorbereiteten Programm zu urteilen, einen gelungenen Verlauf zu nehmen.

Herbstreich kehrt zum Sports- und Turnverein zurück. Der ausgezeichnete Stürmer des Lodzer Sports- u. Turnvereins, Herbstreich, der während seiner Militärdienst im Thorer L. R. S. gespielt hat, wird, wie wir erfahren, in Kürze vom Militärdienst befreit und wieder in den Lodzer Sports- und Turnverein eintreten.

Aus dem Reiche.

Pabianice. Die Geflügel- und Kleintierausstellung findet am Sonntag, den 6. Februar, im Feuerwehrraume statt. Die feierliche Eröffnung erfolgt um 10 Uhr morgens in Anwesenheit der Vertreter der Behörden.

c. Alexandrow. Versuchte Verabreichung der Magistratskasse. In der Nacht vom Diens-

tag zum Mittwoch versuchten bisher unermittelte Verbrecher die Magistratskasse zu berauben. Sie erbrachen die Tore des neben dem Rathause befindlichen Requisitionshauses der örtlichen Feuerwehr, zerschlugen einige Seile, banden damit zwei Leitern zusammen, welche sie an die Mauer des Magistratsgebäudes lehnten, um durch das Fenster in den im erstem Stockwerk gelegenen Kassenraum zu gelangen.

Deutsche Selbsthilfe. Am Sonntag, den 6. Februar, um 3 Uhr nachmittags, findet die diesjährige Generalversammlung statt.

Warschau. Ein Eisenbahnwagen in Flammen. In der Nacht von Donnerstag auf Freitag brach zwischen den Stationen Minkowice-Jaszczyzow in einem Wagen dritter Klasse Feuer aus, das durch Entzündung eines von einem Passagier mitgeführten Aetherstoffs entstanden ist.

Rielce. Schlägererei in einer Monarchistenversammlung. In Kozlow, Kreis Miedow, wurde von den Monarchisten eine öffentliche Versammlung einberufen, zu der auch zahlreiche Gegner der Monarchisten erschienen waren.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens

Lodz-Zentrum. Die Sportsektion veranstaltet heute, Sonnabend, den 5. Februar l. J., um 7 Uhr abends, einen Unterhaltungsaabend mit anschließendem Tanz.

Ortsgruppe Lodz-Süd. Am Sonntag, den 6. Februar l. J., um 9 30 Uhr vormittags, findet eine Sitzung des Lokalkomitees statt.

Zgierz. Stiftungsfest. Die Ortsgruppe Zgierz begehrt heute, den 5. Februar, das einjährige Stiftungsfest im Saale des Männergesangsvereins „Concordia“.

Jugendbund

der D. S. A. P.

Hauptvorstand.

Am Montag, den 7. Februar, um 7 1/2 Uhr abends, findet im Parteilokal eine Sitzung des Hauptvorstandes des Jugendbundes statt.

(-) G. Ewald, Vorsitzender.

Lodz-Zentrum. Gemischter Chor! Heute, Sonnabend, den 5. Februar, findet im Parteilokale, Petrikauer 109, der Sammelplatz für den gemischten Chor zur Abfahrt nach Zgierz statt.

Warschauer Börse.

Dollar	3. Januar	4. Februar
Belgien	—	—
Holland	—	358 65
London	43 53	43 51
Neuyork	8 95	8 95
Paris	35 30	35 30
Prag	26 56	26 56
Zürich	172 60	172 50
Italien	38 37	38 43
Wien	126 35	126 37

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stv. L. Kuf. Druck: J. Beranowski, Lodz, Petrikauerstraße 109.

Kirchlicher Anzeiger.

Trinitatis-Kirche. Sonntag, vormittags 1/2 10 Uhr: Beichte; 10 Uhr: Hauptgottesdienst nebst hl. Abendmahl — P. Wannagat; nachm. 1/2 3 Uhr: Kindergottesdienst; abends 6 Uhr: Gottesdienst — Pastor. Vikar Boettcher. Montag, abends 7 Uhr: Beichterstattungsverammlung im Konfirmantenaal. Mittwoch, abends 1/2 8 Uhr: Bibelstunde — P. Wannagat.

Armenhauskapelle, Narutowiczstr. 60. Sonntag, vormittags 10 Uhr: Gottesdienst — P. Schedler. Jungfrauenheim, Konstantinerstr. 40. Sonntag, nachmittags 1/2 5 Uhr: Versammlung der Jungfrauen — P. Wannagat.

Jünglingsverein, Alinski-Strasse 83. Sonntag, abends 1/2 8 Uhr: Versammlung der Jünglinge — P. Schedler. Kantorat, Sierakowskigo 3. Donnerstag, abends 1/2 8 Uhr: Bibelstunde — P. Schedler. Kantorat, Zawiszystr. 39. Donnerstag, abends 1/2 8 Uhr: Bibelstunde — Pastor. Vikar Boettcher. Die Amtswoche hat Herr P. Wannagat.

Johannis-Kirche. Sonntag, vormittags 9 1/2 Uhr: Beichte; 10 Uhr: Hauptgottesdienst mit Feier des heil. Abendmahls — Diak. Dohberstein (Predigttext: Hes. 33, 10—16); mittags 12 Uhr: Gottesdienst in polnischer Sprache — Vikar Wypski. nachm. 3 Uhr: Kindergottesdienst — P. Dietrich; 6 Uhr: Gottesdienst — Vikar Wypski. Montag, abends 8 Uhr: Missionsstunde — P. Dietrich. Dienstag, abends 8 Uhr: Vorbereitung zum Kindergottesdienst (Gäste willkommen) — P. Dietrich. Lichtbildervortrag im Stadtmissionsaal. Sonntag, ab. 7 Uhr: Jünglings- u. Jungfrauenverein, Lichtbildervortrag: „Die Jugend und der Alkohol“ (Jedermann auch Erwachsene herzlich willkommen) — P. Dietrich. Freitag, abends 8 Uhr: Vortrag — Diak. Dohberstein. Sonnabend, abends 8 Uhr: Gebetsgemeinschaft — Diak. Dohberstein.

Jünglingsverein. Dienstag, abends 8 Uhr: Bibelstunde — Diak. Dohberstein. St. Matthäi-Kirche. Sonntag, vorm. 10: Gottesdienst — P. Dietrich. St. Matthäi. Sonntag, nachm. 5 Uhr: luth. weiblicher Jugendbund, Bibelstunde — P. Dietrich. Montag, abends 7 Uhr: luth. weibl. Jugendbund — P. Dietrich.

Ev. luth. Frauenverein der St. Johanniskirche. Donnerstag, den 10. Jan., nachm. 5 Uhr, Vortrag: „Der Protestantismus als weltberobernde Macht“ — P. Dietrich.

Dąbrowa. Donnerstag, ab. 7 Uhr: Gottesdienst — P. Dietrich. Ev. luth. männlicher Jugendbund. Sonnabend, abends 8 Uhr: Bibelstunde — P. Dietrich.

Christliche Gemeinschaft, Meje Kosciuszki 57. Sonnabend, abends 7 30: Jugendbündelstunde für junge Männer und Jünglinge. Sonntag, nachm. 4 30 Uhr: Jugendbündelstunde für Jungfrauen; abends 7 30 Uhr: Evangelisation. Donnerstag, abends 7 30 Uhr: Bibelstunde.

Brywatnastr. 7a. Sonnabend, nachm. 3: Frauenstunde; abends 7 30 Uhr: gemischte Jugendbündelstunde. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Evangelisation; 5 Uhr: letzte Frauenstunde; 7 Uhr: letzte Jungfrauenstunde (beide geleitet von Keilichwester Johanna). Freitag, abends 7 30: Bibelstunde.

Konstantynow, Großer Ring 22. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Evangelisation; 4 30: Jugendbündelstunde. Mittwoch, abends 7 30 Uhr: Bibelstunde.

Baptisten-Kirche, Nawrocistraße Nr. 27. Sonntag, vorm. 10 Uhr: Predigtgottesdienst und Abendmahl — Pred. D. Lenz; nachm. 4 Uhr: Predigtgottesdienst — Prediger D. Lenz. Im Anschluß: Verein junger Männer und Jungfrauenverein. Montag, ab. 1/2 8 Uhr: Gebetsversammlung. Donnerstag, nachm. 4 Uhr: Frauenverein; abends 1/2 8 Uhr: Bibelstunde.

Baptisten-Kirche, Rzgowskistrasse 43. Sonntag, vorm. 10 Uhr: Predigtgottesdienst — Pred. A. Knoff; nachmittags 4 Uhr: Predigtgottesdienst — Prediger A. Knoff. Im Anschluß: Jugendverein. Dienstag, abends 1/2 8 Uhr: Gebetsversammlung. Freitag, abends 1/2 8 Uhr: Bibelstunde.

Baptisten-Kirche, Baluty, Alexandrowskistrasse 60. Sonntag, vorm. 10 Uhr: Predigtgottesdienst — Pred. R. Jordan; nachm. 4 Uhr: Predigtgottesdienst — Pred. R. Jordan. Familienabend des Jugendvereins. Mittwoch, abends 1/2 8 Uhr: Bibelstunde.



Verein deutschspr. Meister und Arbeiter

Am Sonnabend, den 12. Februar, veranstaltet unser Verein in der Turnhalle an der Jafontnastr. 82 seinen traditionellen

großen Maskenball

zu welchem die Mitglieder mit ihren werten Angehörigen sowie alle befreundeten Vereine höflichst eingeladen werden. — Die drei originellsten Masken werden prämiert. — Eigenes Büfett. Beginn 9 Uhr abends. Biletvorverkauf im Vereinslokale, Andrzeja 17, am Donnerstag u. Sonnabend ab 8 Uhr abends und am Sonntag ab 10 Uhr vorm. Die Verwaltung.

Musik- und Gesangverein „Minore“

Heute, Sonnabend, den 5. Februar d. J., veranstaltet unser Verein in den oberen, elegant ausgestatteten Sälen und Räumlichkeiten des Hauses der Lodzer Fleischermeisterinnung, Kopernikastr. 46, seinen traditionellen großen

Maskenball

zu welchem die Mitglieder mit ihren werten Angehörigen sowie alle befreundeten Vereine höflichst eingeladen werden. — Kein Maskenzwang. — Die Tanzmusik liefert das Streichorchester unter der Leitung des Herrn Kapellmeisters R. Tölg. — Eigenes Büfett. — Beginn um 9 Uhr abends. 348 Die Verwaltung.

Deutscher Lehrerverein zu Lodz

Am Sonnabend, d. 12. Februar d. J., findet im Vereinslokale, Petrikauer 243, um 7 Uhr abends im 1. und um 8 Uhr im 2. Termin die diesjährige

Generalversammlung

mit folgender Tagesordnung statt: 1. Protokollverlesung; 2. Mitteilungen; 3. Berichte: a) des Schriftführers, b) des Kassenwarts, c) der Revisionskommission, d) des Bücherwirts; 4. Entlastung des Vorstandes; 5. Neuwahl; 6. Anträge. Um recht pünktliches und vollzähliges Erscheinen bittet (364) der Vorstand.

Perfekter

Schlossermeister

für eine hiesige Maschinenfabrik per sofort gesucht. Wo sagt die Exp. ds. Blattes.

Bekanntmachung.

Dem geschätzten Publikum wird hiermit zur gefl. Kenntnis gebracht, daß wir am 15. Januar ds. Jahres ein

Wurst- u. Fleischwarengeschäft

eröffnet haben. Unsere Werkstätten sind nach den neuesten technischen Eigenschaften des Auslandes eingerichtet und nur von erstklassigen Fachleuten geleitet. — Von der hervorragenden Güte unserer Erzeugnisse bitten wir die geehrte Kundschaft sich selbst zu überzeugen und empfehlen uns

hochachtend

F-ma „KARNONIA“ G. m. b. H. Lodz, Jeromskigo 93 (Panska).